

# Antragsbuch

## 59. Landeskongress

6. und 7. Februar 2016 in Chemnitz



Der Twitter-Hashtag dieses Kongresses lautet [#JuliA59](#)

Gep plante Tagungsordnung und Ablaufplan	3
Übersicht Sachanträge	4
Berichte	5
Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden, Philipp Hartewig .....	6
Rechenschaftsbericht des Stellv. Landesvorsitzenden für Organisation, Colin Jakob .....	7
Rechenschaftsbericht des Stellv. Landesvorsitzenden für Programmatik, Stefan Scharf .....	8
Rechenschaftsbericht des Stellv. Landesvorsitzenden für Presse, Konrad Richter .....	10
Rechenschaftsbericht des Landesschatzmeisters, Christian Hertig .....	12
Rechenschaftsbericht des Beisitzers Robert Müller .....	14
Rechenschaftsbericht des Beisitzers Christoph Martens .....	15
Rechenschaftsbericht des Beisitzers Markus Klemm .....	16
Rechenschaftsbericht des Beisitzers Clemens Heydrich .....	17
Rechenschaftsbericht des Beisitzers Alexander Hausmann .....	18
Bericht der Ombudsperson Philipp Junghähnel .....	19
Anträge zur Satzung	21
Satzungsänderungsantrag 01 .....	22
Satzungsänderungsantrag 02 .....	23
Sachanträge	24
Ansprechpartner	46

**Der Twitter-Hashtag dieses Kongresses lautet #JuliA59 .**

### Samstag, 6. Februar 2016

- 09:00 Uhr Beginn CheckIn  
10:00 Uhr Landeskongress
- 1) Eröffnung und Begrüßung
  - 2) Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
  - 3) Wahl eines Tagungspräsidiums, eines Protokollführers und einer Zählkommission
  - 4) Beschlussfassung über die Tagungsordnung
  - 5) Feststellung der Dringlichkeit von Anträgen
  - 6) Wahl der Antragsreihenfolge
  - 7) Grußworte
  - 8) Bericht des Landesvorsitzenden
  - 9) Bericht des Landesschatzmeisters
  - 10) Ggf. weitere Berichte des Landesvorstands
  - 11) Bericht der Rechnungsprüfer
  - 12) Aussprache
  - 13) Entlastung des Landesvorstandes
  - 14) Wahl des neuen Landesvorstandes in der Reihenfolge
    - a) Landesvorsitz
    - b) Stellvertretender Landesvorsitz für Organisation
    - c) Stellvertretender Landesvorsitz für Programmatik
    - d) Stellvertretender Landesvorsitz für Presse
    - e) Landesschatzmeister
    - f) Beisitzer
  - 15) Wahl der Ombudsperson
  - 16) Wahl der Rechnungsprüfer
  - 17) Beratung von Satzungsänderungsanträgen
  - 18) Beratung von Sachanträgen
- ca. 18:00 Uhr Unterbrechung des Landeskongresses bis Sonntag

### Sonntag, 7. Februar 2016

- 10:00 Uhr Fortsetzung des Landeskongresses entsprechend der Tagungsordnung
- 18) Beratung von Sachanträgen
  - 19) Sonstiges (ggf. Ehrungen)
  - 20) Schlusswort des neuen Landesvorsitzenden
- ca. 15:00 Uhr Ende des Kongresses

**Der Twitter-Hashtag dieses Kongresses lautet #JuliA59 .**

# Übersicht der Sachanträge

Nr.	AMV	Titel	Antragsteller	Seite
<b>1 Bildung &amp; Nachhaltigkeit</b>				
11		Heute schon an morgen denken - Nachhaltigkeit aus liberaler Sicht	Junge Liberale Chemnitz	25
12		Politische Bildung an Schulen verbessern	Junge Liberale Chemnitz	27
13		IT-Infrastrukturmaßnahmen für die Schule der Zukunft	Landesvorstand JuliA Sachsen	29
<b>2 Liberales</b>				
21		Programmatik ergänzend auf Englisch erstellen	Thorben Siepmann	30
22		JuliA-FDP-PEGIDA - Reaktion auf den FDP-Bundespräsidiumsbeschluss vom 26. Oktober 2015	Junge Liberale Leipzig	31
<b>3 Innenpolitik</b>				
31		Politisierung verhindern - vernünftiger Umgang mit Terrorwarnungen!	Benjamin Rego	33
32		Den sächsischen Breitensport stärken!	Junge Liberale Chemnitz	34
33		Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik	Junge Liberale Leipzig	36
34		Strategie für eine ganzheitliche Asyl- und Integrationspolitik in Sachsen	Landesvorstand JuliA Sachsen	39
35		Privateigentum schützen!	Jungliberale Aktion Dresden	43
36		Höher, bunter, lauter - Freiheit dem Feuerwerk!	Jungliberale Aktion Dresden	44
<b>D Dringlichkeitsanträge</b>				
D1				
D2				
D3				
D4				
D5				

# Berichte

## 59. Landeskongress

6. und 7. Februar 2016 in Chemnitz



Der Twitter-Hashtag dieses Kongresses lautet [#JuliA59](#)

## Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden

### Philipp Hartewig

Liebe JuliAnerinnen, liebe JuliAner,

nun ist bereits wieder ein Jahr für die JuliA vorbei und ich muss sagen, dass es mir ziemlich Spaß gemacht hat. Dafür möchte ich mich schon einmal beim gesamten Vorstandsteam des letzten Jahres, sowie bei den Kreisverbänden für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Mein Gesamtfazit für die Amtszeit fällt überwiegend positiv aus. Wir konnten zwar leider nicht einen leichten Mitgliederschwund verhindern, jedoch die Anzahl der Veranstaltungen deutlich steigern, neue Veranstaltungsformate entwickeln und die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern, zum Beispiel mit der Wilhelm-Külz-Stiftung deutlich verbessern. Vielen Dank dafür insbesondere an Colin.

Auch in Sachen Öffentlichkeitsarbeit haben wir uns breiter aufgestellt, zum Beispiel mit einem neuen Imageflyer. Vielen Dank an der Stelle noch einmal an Alex.

Pressetechnisch haben wir es dank Konrad, insbesondere mit dem Bestattungsthema, in deutlich mehr als 10 Zeitungen geschafft, sind in 3 verschiedenen Radios gelaufen und konnten dabei auch mit der einen oder anderen Aktion, wie beispielsweise der Schneckenaktion vor dem Landtag, auf uns aufmerksam machen. Mit der Aktion „Gesicht zeigen“ konnten wir zudem über einige Wochen verteilt eine größere Reichweite generieren, als es zum Beispiel die FDP Sachsen hatte.

Christian hat uns ebenfalls finanziell gut aufgestellt, sodass wir in den kommenden Jahren (2017/ 2019) für die nächsten Wahlkämpfe gut gerüstet sind.

Weiterhin konnten wir den kommenden Bundeskongress der Julis nach Leipzig holen. Auch darauf freuen wir uns bereits sehr.

Wenn ihr Fragen zur Arbeit des Landesvorstandes im letzten Jahr habt, könnt ihr mich gern kontaktieren ([philipp.hartewig@julia-sachsen.de](mailto:philipp.hartewig@julia-sachsen.de)). Ansonsten berichte ich gern zum Landeskongress noch etwas ausführlicher von der Arbeit des Landesvorstandes.

Liebe Grüße und bis zum Landeskongress

Philipp

Vielen Dank an alle

### Rechenschaftsbericht des Stellvertretenden Landesvorsitzenden für Organisation

**Colin Jakob**

Gleich in meinem ersten Jahr im Landesvorstand durfte ich mich im geschäftsführenden Vorstand der JuliA-Sachsen im Bereich der Organisation austoben. Als Orga ist es meine Hauptaufgabe, mich um die Ausrichtung unserer Landeskongresse sowie um die Fahrt/Unterbringung unserer Delegierten zu den beiden Bundeskongressen zu kümmern. Dies habe ich gemacht.

Darüber hinaus habe ich diese Möglichkeit genutzt, zahlreiche Veranstaltungen zu organisieren. Dabei habe ich auf einem Mix aus bestehenden und neuen Veranstaltungsformaten gesetzt. Neben dem langjährigen Ost-PPW, gab es in diesem Jahr das erste Bayern/Sachsen-PPW. Um die Möglichkeit der programmatischen Diskussion unserer Mitglieder auf Landesebene zu verbessern, habe ich gemeinsam mit dem damaligen Landesprogrammatiker Benjamin Rego das Konzept des Politischen Brunches entwickelt und drei dieser Veranstaltungen 2015 umgesetzt.

Im vergangenen Jahr habe ich auch eine Sommertour organisiert. Die gegenseitige Unterstützung der Kreisverbände bei dieser hat mich beeindruckt.

Auch die Zusammenarbeit mit Stiftungen habe ich übernommen. So konnten wir die Friedrich-Naumann-Stiftung überzeugen, eine große Veranstaltung in Leipzig auszurichten. Die Wilhelm-Külz-Stiftung konnten wir zu einem zweitägigen Seminar sowie einer Abendveranstaltung bewegen.

Ein weiterer Schwerpunkt bildete die Organisation verschiedener RPJ-Veranstaltungen. Außerdem habe ich für unseren Landesverband die RPJ-Anträge für 2016 geschrieben. Dabei war es mir wichtig, die Wünsche der Kreisverbände zu berücksichtigen. So findet in Dresden 2016 der Bebbelpokal und zwei Podiumsdiskussionen statt. Besonders wichtig ist es mir gewesen, den Kreisverbänden Chemnitz und Leipzig eine Möglichkeit zu geben, sich regelmäßig treffen zu können. Für diese Kreisverbände entwickelte ich ein Konzept für monatliche Stammtische, welche auch eine Strahlkraft für den umliegenden ländlichen Raum entfalten sollen und somit einen wesentlichen Baustein bei der Umsetzung der Strukturreform des vorhergehenden Vorstandes bilden.

Ich denke, dass wir im vergangenen Jahr sehr viel organisiert haben. Dabei habe ich viel Unterstützung von vielen Mitgliedern erhalten. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Helfern herzlich bedanken.

Colin Jakob

## Rechenschaftsbericht des Stellvertretenden Landesvorsitzenden für Programmatik

**Stefan Scharf**

Liebe JuliAner, liebe JuLis,

Nach dem vorzeitigen Ausscheiden von Benjamin Rego als stellvertretender Landesvorsitzender für Programmatik stellte mich mein Kreisverband vor kaum fünf Monaten als Kandidaten für seine Nachfolge auf. Als JuliA-Neuling wenig mit den Organisationsstrukturen vertraut, war die Zeit daher oft dem Einarbeiten in Prozesse gewidmet. Ich danke an dieser Stelle allen im Landesvorstand für ihre Unterstützung, besonders aber Christoph Martens für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die er für gleich zwei Landesprogrammattiker binnen eines Jahres leistete.

Zusammen mit Christoph war es uns gelungen, unsere Beschlüsse zur Inneren Sicherheit, die wir ausführlich in Zwönitz besprochen hatten, in Form von mehreren Änderungsanträgen in den betreffenden Leitantrag auf dem Bundeskongress in Würzburg einzubringen. Hierdurch fordert nun einmal mehr die bundesweite Beschlusslage sächsisch-jungliberale Positionen gegenüber der FDP ein.

Das zentrale Thema seit Mitte letzten Jahres aber war und ist die Flüchtlingskrise und deren Bewältigung. Nach meinem Antrag auf dem letzten Landeskongress wurde das Thema in seiner Breite zunächst auf einem Programmatikbrunch in Leipzig besprochen und der vertagte Antrag online weiter beraten. Der nun vorliegende Antrag des Landesvorstands ist das Ergebnis dieses mehrspurigen Beratungsgangs.

Dennoch bleibt die Verbesserung der programmatischen Arbeit mit weniger Mitgliedern eine offene Baustelle. Nach der Strukturreform hatte Benjamin Rego den Umbau der LAKs hinzu programmatischen Brunches durchgeführt. Dieses immer noch junge Format weiter zu gestalten und fortzuentwickeln lohnt sich allein schon deshalb, weil wir dadurch mehr Mitglieder für Inhalte und Anträge in einer „vollverpflegten Atmosphäre“ begeistern können als bei bloßer Beratung via Google Docs oder einer Telefonkonferenz. In Auswertung der Mitgliederumfrage 2014/15 wurden zudem erste Themen und Ansprechpartner für die Brunches 2016 anvisiert.

Nach dem wunderbaren Sachsen-Bayern-PPW in Plauen letztes Jahr wollte ich den guten Kontakt weiter pflegen und besuchte die bayerischen JuLis auf ihrem Landeskongress in Weiden. Dort konnten wir uns auf weitere Kooperationen einigen, wie etwa dem Vortrag von Lukas in Chemnitz oder meinem vorangegangenen in München. In dieser engeren Verzahnung mit den Bayern soll der programmatische Kern für ein mögliches „Freistaaten-PPW“ in diesem Jahr gelegt werden.

Daneben durfte ich Philipp auf der erweiterten Bundesvorstandssitzung in Gummersbach vertreten, besuchte den Praxis-Workshop der Stellvertreter zur programmatischen Strategieentwicklung in Berlin und be-



mühte mich um die Vervollständigung kleinerer Lücken im programmatischen Teil unseres Online-Auftritts. Meine weiteren Bemühungen konzentrieren sich seitdem auf die Ausarbeitung von Konzepten für den anstehenden FDP-Landesparteitag Ende April.

Für die Zukunft müssen wir die FDP Sachsen wieder für mehr inhaltliche Auseinandersetzung mit jungliberalen Positionen öffnen. Das kann bedeuten, dass wir unseren Schwerpunkt von öffentlichen Aktionen zu Gunsten von interne Veranstaltungen wie Kreisparteitagen verschieben müssen. Wenn wir hier nicht intervenieren, lässt sich die oberste FDP-Landesspitze weiter von falschverstandener Vorsicht vorm Wähler leiten und man überlässt in den aktuellen Debatten Angst und Gleichgültigkeit den Raum.

Viele Grüße

Stefan

### **Rechenschaftsbericht Konrad Richter, stellvertretener Vorsitzender der JuliA Sachsen, für die Zeit von März 2015 bis Februar 2016**

Primärer Zuständigkeitsbereich: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im März 2015 hat mich der Landeskongress erneut in den Vorstand der JuliA Sachsen gewählt. Als stellv. Vorsitzender hatte ich primär die Verantwortung für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, habe mich aber auch anderweitig in die Vorstandsarbeit eingebracht.

Während der Legislatur des Vorstandes habe ich in Abstimmung mit dem Landesvorstand zahlreiche Pressemitteilungen entworfen und versendet. Dabei konnte Pessetrefterquote im Vergleich zur vorherigen Legislatur deutlich gesteigert werden. Absolutes Highlight war sicherlich die Meldung zur Liberalisierung des Bestattungswesens in der Bild und darauf folgend in zahlreichen weiteren überregionalen Zeitungen. Aber auch zu landespolitischen Themen sind wir mit Meldungen in den sächsischen Tageszeitungen SZ, LVZ und DNN gelaufen. Hinzu kommt ein Radiointerview zur ganzjährigen Legalisierung von Feuerwerk im Leipziger Uniradio Mephisto. Deutlich wurde dabei meines Erachtens auch, dass die Medien uns als seriöse Stimme im sächsischen Liberalismus wahrnehmen. Zum Teil sind wir dabei auch in die durch die teilweise wegbrechende Öffentlichkeitsarbeit der FDP Sachsen entstehende Lücke eingedrungen. Weiterhin habe ich einige kurze Statements für die Facebookseite entworfen sowie die Pressemitteilungen auf Facebook und unserer Website präsentiert. Darüber hinaus habe ich im Rahmen meiner Aufgabe nahezu täglich die regionalen und überregionalen Medien online nach möglichen für uns relevanten Themen durchgelesen.

Im Rahmen meines Amtes als stellv. Landesvorsitzender habe ich an allen Landesvorstandssitzungen mit Ausnahme der Sitzung am 20.12.2015 teilgenommen. Auch an den wöchentlichen Telefonkonferenzen des Landesvorstandes habe ich mit wenigen Ausnahmen immer teilgenommen. Teilgenommen habe ich weiterhin am Ost PPW in Übigau sowie an der Demo zum 1. Mai in Chemnitz. Im Spätsommer habe ich die „Gesicht zeigen“ Kampagne mitinitiiert und z.T. bei der Umsetzung auf Facebook geholfen. Auch die Bierdeckel im JuliA-Layout mit Mitgliedsantrag gehen auf meine Initiative zurück. Ebenso habe ich an der Veranstaltung „25 Jahre Junge Liberale“ in Leipzig teilgenommen. Für die Sommertour der JuliA Sachsen habe ich die Fragen entworfen und den Stand in Leipzig mitbetreut. Darüber hinaus habe ich den RPJ Programmatik Brunch im Oktober in Leipzig organisiert und daran teilgenommen. Am RPJ Programmatik Brunch im November in Freiberg habe ich als Referent teilgenommen. Anwesend war ich weiterhin als Delegierter auf dem Landesparteitag der FDP in Hartha im Frühjahr 2015, wobei ich einige von der JuliA Sachsen unterstützte Anträge in Redebeiträgen verteidigt habe.

Daneben habe ich mich im Landesvorstand stets ausführlich an Diskussionen abseits meines Aufgabenbereiches wie bspw. zu Organisation und Programmatik sachlich beteiligt.

Aufgrund zunehmender beruflicher Herausforderungen werde ich zukünftig nicht mehr die für die gewissenhafte Erfüllung der Vorstandsaufgaben notwendige Zeit zur Verfügung haben. Daher werde ich nicht

erneut für den Landesvorstand kandidieren, bleibe der JuliA Sachsen aber als Mitglied erhalten und hoffe zu späteren Zeitpunkten auch wieder öfter an Veranstaltungen teilnehmen zu können. Ich bedanke mich bei den Vorstandskollegen für eine gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Konrad

## Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters

**Christian Hertig**

Liebe Jungliberale,

das Geschäftsjahr 2015 ist vorbei und ich muss es sagen, es lief sehr erfolgreich aus finanzieller Sicht. Ihr habt mich am 7. März 2015 in Dresden in mein drittes Amtsjahr als Landesschatzmeister dieses liberalen Jugendverbandes gewählt und nach nunmehr drei Jahren kann ich sagen: ich habe Wort gehalten. In meiner Antrittsrede vor fast genau 3 Jahren in Chemnitz habe ich angekündigt, dass ich das Geld zusammenhalten werde und, wie es für einen Erzgebirger typisch ist, „zamnamtsch“ sein werde.

2015 konnten insgesamt fast 11.000 € eingenommen werden, darunter beispielsweise 1.300 € Spenden und über 4.000 € Einnahmen aus Umlagen, Beiträgen und Förderbeiträgen. Ich möchte hiermit ALLEN SPENDERN und MITGLIEDERN dafür danken, dass ihr mit eurem Beitrag die Jungliberalen in Sachsen unterstützt. Diesen Einnahmen stehen 9.700 € Ausgaben gegenüber, die für die beiden Kongresse, den Eigenanteil am Ring Politischer Jugend und u.a. eine Vielzahl von Aktionen, worunter Teilnahmen am Dresdner CSD und am Global Marihuana Marsch, mehrere Aktionen vor dem Landtag, die Organisation von verschiedenen Seminaren und dem Programmatik-Brunch, aufgewendet wurden.

Nach Adam Ries könnt ihr sehen, dass wir das Jahr 2015 mit aufgerundet 1.300 € Gewinn abgeschlossen haben. Insgesamt konnte in den vergangenen drei Jahren trotz Wahlkämpfen eine ordentliche Rücklage von insgesamt 3.900 € aufgebaut werden, die es uns ermöglicht, auch in den nächsten Jahren kampagnenfähig zu sein und dafür zu sorgen, dass die Liberalen zunächst im Bund und später auch wieder im Land wieder parlamentarisch vertreten sind.

Es war für mich ein sehr angenehmes Jahr im vergangenen Vorstand, welcher besonders geprägt war durch ein gutes Miteinander innerhalb des Gremiums, wodurch eine sehr gute Arbeitsatmosphäre möglich war. Mein größter Dank geht in diesem Jahr an Colin, der mir als Organisator extrem viel zugearbeitet hat und mir dankenswerterweise alle Rechnungen unkompliziert und schnell hat zukommen lassen. Vielen Dank an Clemens, der sich trotz aller technischen Probleme in die Mitgliederverwaltung eingefuchst hat. Ich danke natürlich auch dem Rest des nun scheidenden Vorstandsteams und auch den Mitgliedern der alten Vorstände für das gute Miteinander. Des Weiteren möchte ich mich bei meinen Kreisschatzmeisterkollegen für die zumeist sehr unkomplizierte Zusammenarbeit bedanken und auch bei der Landesgeschäftsstelle der FDP Sachsen, mit der auch nach dem Personalwechsel ein reger Informationsaustausch möglich war. Vielen Dank auch an die Rechnungsprüfer der vergangenen Jahre, die mir mit Rat und Tat zur Seite standen.

Für mich heißt es nun Abschied nehmen. Ich werde, sobald meine Ämter auf Kreis- und Regionalebene in Sachsen auslaufen, ins Nachbarland Sachsen-Anhalt wechseln, um dort die Strukturen der JuLis weiter aufzubauen und die gesammelte Erfahrung mit einzubringen. Ich wünsche allen JuLis und JuliAnern, die bereit

sind, im neuen Landesvorstand Verantwortung zu übernehmen, alles Gute für die kommende Amtszeit und allen mit mir zusammen scheidenden Kollegen alles Gute für die Zukunft.

Vielen Dank für das in mich gesetzte Vertrauen. Ich bitte euch am 6. und 7. Februar in Chemnitz zunächst einmal zahlreich zu erscheinen, und meinem Nachfolger das gleiche Vertrauen auszusprechen. Auch jemand mit weniger Erfahrung kann sich in dieses hohe Amt einarbeiten, man muss ihm/ihr nur die Chance dafür geben.

Wir sehen uns dann in Chemnitz.

Viele Jungliberale Grüße

Christian Hertig

### Rechenschaftsbericht des Beisitzers Robert Müller

Liebe JuliAner\*innen,

wieder einmal endet eine Wahlperiode im Landesvorstand der Jungliberalen Aktion Sachsen und wieder einmal gilt es, Rechenschaft abzulegen. Was schreibt man dazu, als Beisitzer ohne Geschäftsbereich? Ich kann keine detaillierten Berichte über die finanzielle Situation des Verbands abgeben, die Mitgliederentwicklung ist nicht mein primärer Aufgabenbereich. Ein zähflüssiges Referat über den Zustand des Landes und der FDP im besonderen scheint auch nicht angebracht, bin weder Fräulein, weder schön.

Was also habe ich im letzten Jahr gemacht: Ein Schwerpunkt meiner Tätigkeit waren die Beziehungen zu anderen Landesverbänden. Insbesondere mit Bayern hat sich ein reger Austausch entwickelt. Mit dem Sachsen-Bayern-PPW hat sich, meine ich, eine interessante und vielversprechende Variation eines bekannten und bewährten Veranstaltungsformats entwickelt. Als kleiner Landesverband sind wir auf Erfahrungen und bei Bundeskongressen auf Stimmen größerer Landesverbände angewiesen. Als, wenn auch nicht dienstältestes, wohl aber dienstaltes Mitglied im Vorstand habe ich andere Vorstandsmitglieder bei ihrer Arbeit unterstützt. Sei es die Mitgliederbetreuung oder Programmatik. Mit meiner inzwischen gesammelten Erfahrung möchte ich auch dem künftigen Vorstand weiter mit Rat und Tat zur Seite stehen. Bei welcher Aufgabe auch immer.

Viel Vergnügen bei der Lektüre der weiteren Rechenschaftsberichte wünscht,

Robert Müller

### Rechenschaftsbericht des Beisitzers Christoph Martens

Liebe JuLis,

vor elf Monaten habt ihr mich in Dresden als Beisitzer des Landesvorstandes wiedergewählt. Wie bereits im vorangegangenen Vorstand sah ich meine Aufgabe vorrangig darin, den jeweiligen Programmierer nach bestem Wissen und Gewissen zu unterstützen.

Für den Landesverband selbst war ich daher verantwortlich für den Politischen Brunch, der die zunehmend inaktiven LAKs ablösen sollte. Daneben war ich, gemeinsam mit Benjamin, verantwortlich für den Leitantrag zum Zwönitz-Lako. Zu diesem Zweck besuchte ich ein Seminar in Berlin und brachte wesentliche Inhalte in den Leitantrag ein. Bereits im Mai 2015 bereitete ich, ebenfalls gemeinsam mit Benjamin, das Ost-PPW programmatisch vor.

Bis Ende des letzten Jahres war ich nebenbei in der Schülervertretung (Kreisschülerrat, Landeschülerrat) aktiv, wodurch ich Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich Bildungspolitik bei den JuLis und in der FDP einbringen konnte.

In Bezug auf die FDP möchte ich hier nur wenige Worte verlieren. Ich war auf Landesparteitagen, im LFA Bildung, sowie im Kreisvorstand dieser Partei aktiv. Im Zuge einiger Debatten ist mein Optimismus für einen frischen Neustart einiger Ernüchterung gewichen. Ob es in Sachsen wirklich eine dritte Partei im „bürgerlich-konservativen“ Block braucht, wird erst die Landtagswahl 2019 zeigen.

Auch auf Bundesebene arbeitete ich bei den JuLis aktiv mit. Sowohl auf dem 50. Bundeskongress in Bonn, als auch auf dem 51. Bundeskongress in Würzburg war ich an der programmatischen Vorarbeit beteiligt und übernahm den Großteil des Einbringens und Verteidigens auf dem Buko selbst.

Alles in allem blicke ich auf zwei halbwegs erfolgreiche Jahre im Landesvorstand der JuLis zurück. Aus einer Vielzahl von Gründen kandidiere ich heute nicht erneut und werde den Landesverband spätestens im Sommer verlassen.

Mit liberalen Grüßen

Christoph

### Rechenschaftsbericht des Beisitzers Markus Klemm

In meiner Rolle als Beisitzer, in meiner 2,5. Legislatur habe ich den Vorstand bei seiner Arbeit vorallem bei technischen Dingen unterstützt.

Dazu gehörte eine umfassende Aufarbeitung aller Konten und Passwörter, welche offensichtlich mindestens seit meiner Amtszeit als Programmierer 2011 nie geändert wurden. Dazu gehörte auch die administrativen Pflege des Beschluss-Wikis, welche das Erstellen von neues Konten aufgrund der Inkompetenz unseres Hosters, sehr umständlich war. Dafür ist der Hoster auch mit der Billigste. Den E-Mailverkehr kann man zur Belustigung gern bei mir einsehen.

Auch gehörte das Pflegen von Backups und die Schulung des Vorstandes zur Nutzung dazu. Im Ganzem ging es darum, den virtuellen Hausrat der JuliA Sachsen mal etwas aufzuräumen und zu organisieren.

Ein paar Worte werde ich beim Landkongress noch mündlich an euch richten.

Mit freundlichen Grüßen

Markus



### **Rechenschaftsbericht des Beisitzers Clemens Heydrich**

Am 7. März 2015 wurde ich als Beisitzer in den Landesvorstand gewählt. Bei der konstituierenden Landesvorstandssitzung wurde mir der Beisitzerposten für Mitgliederverwaltung zugeteilt. Während des letzten Jahres war es meine Aufgabe die Daten der Mitglieder des Landesverbandes zu aktualisieren. Hauptsächlich hielt ich den Kontakt zu den Kreisschatzmeistern um Ein- und Austritte im System zu vermerken und arbeitete ihnen zu, wenn es um die Mitgliedsbeiträge ging.

Desweiteren war ich für den Versand des monatlichen Newsletters und sonstigen Rundschreiben verantwortlich. Auch war ich Ansprechpartner für die Kreisvorsitzenden, wenn es um die Kontaktierung von Mitgliedern ging. Während des Landeskongresses habe ich zusammen mit dem Landesschatzmeister die Anmeldung der Mitglieder durchgeführt. In den Landesvorstandssitzungen habe ich mich bei den programmatischen und organisatorischen Diskussionen beteiligt. Für den Landeskongress in Chemnitz habe ich dem Landesorga assistiert und mir oblag das Versenden der Einladungen für die Mitglieder.

Clemens Heydrich

## Rechenschaftsbericht des Beisitzers Alexander Hausmann

Ahoi Freunde der Sonne,

Arbeit läuft nicht davon, sie wartet darauf getan zu werden. So auch in dieser Legislatur, meiner letzten Amtszeit auf Landesebene für diesen Landesverband.

Großes stand an für diesen Vorstand, der wesentlich weniger Erfahrung hatte als der vorangegangene – und genau das so gut nutzte wie nur irgendwie möglich. Alte Vorgehensweisen wurden hinterfragt, neue Ideen, Aktionen und Lösungen entwickelt und erfolgreich eingesetzt. Ich denke hier z.B. an die Schneckenaktion und die programmatischen Brunches. Auf der Vorstandsklausur und den -sitzungen haben wir viele Ideen diskutiert, gestritten, manchmal rumgesponnen oder ins Blaue hinein ganz einfach gemacht. Und das war gut so. Kurzum, ich hatte nie das Gefühl, wir finden keine Lösung für irgendwas, sondern immer nur den Gedanken, wie sollen wir das denn noch irgendwie zeitlich unterbringen. Klar hätte man einige Sachen besser machen können, wie z.B. Mitgliederbetreuung und (leider auch) Social Media. Aber da ist nichts, was nicht zukünftig schaffbar wäre, wenn die essentiellen Bereiche wie Orga, Programmatik und Finanzen nicht nur für den Moment gut laufen, sondern sich routiniert eingespielt haben. Insofern bedanke ich mich sehr herzlich für den guten Teamgeist und die geleistete Arbeit bei allen LaVo-Mitgliedern dieser Legislatur – und besonders bei Colin, der mit seiner ganz anderen, ganz eigenen Art seinen Orga-Job ähnlich süperb gemacht hat wie der Pätz zuvor.

Für mich selbst war es, besonders auf nicht-politischer Ebene ein schweres Jahr, was letztlich in einem Umzug nach Hessen resultierte. Trotz dessen entschied mich in Rücksprache mit dem Landesvorstand die Legislatur durchzuziehen. Und so haben wir noch so einiges im Bereich Öffentlichkeitsarbeit geschafft. Neben etwas Social Media und der Homepagepflege seien hier sowohl der Imageflyer als auch das neue multifunktionell einsetzbare und kulturverbindende Werbemittel (basierend auf einer Idee von Konrad) genannt, welches wir euch zum LaKo präsentieren werden. Darüber hab ich natürlich die üblichen Einladungen, einige Webgrafiken und noch ein paar kleinere Sachen gestaltet. Auch Kontaktpflege nach Hessen und insbesondere zum Bundesverband habe ich betrieben. Das Corporate Design des Bundesverbandes mit dem JuliA zu vereinbaren, wird sicher eine Aufgabe sein, die auch meinen „grafischen Nachfolger“ fordern wird. Ich bin da mal gespannt.

Unter'm Strich halte ich fest: Sechs Jahre Landesvorstand und zwei Jahre Ombudsmann sind echt 'ne Menge Holz. Nicht immer schön, aber immer lehrreich und spannend. Ich durfte viele Persönlichkeiten kennen lernen, unterschiedliche Herangehensweisen und Ansichten. Ob negativ oder positiv, aus allen Situationen konnten die Beteiligten und auch ich selbst etwas mitnehmen. Jeder konnte schauen, wie man ein Problem zukünftig gut löst oder vielleicht auch gerade nicht. Und das überwiegt den Groll, den man im ersten Moment einfach vielleicht mal hat. Wertvolle Erfahrungen allesamt und daher geht zum Schluss – auch wenn einige schon über die Alterklippe gesprungen sind – **mein besonderer Dank an:**

Marcus V., Ronny W., Martin T., Tina H., Philipp H., Colin J., Benjamin R., Thomas G., Christoph H., Robert H., Gunnar S., Anja B., Max P., Philipp J., Christian K., Ramon H., Lydia R., alle JuLis aus Chemnitz und natürlich Viola.

Alles wird gut. Der Alex

Hallo Freunde der Ombudsperson,

ihr seid bis hier her gekommen, um nun den wichtigsten aller Berichte zu lesen. Nachdem sich alle vorherigen Schreiber mit aller Sicherheit seitenlang selbst beweihräuchert und anschließend auf die Schulter geklopft haben, darf ich nun den Anschiss verteilen und dieser lauert bekanntermaßen überall, beginnen wir jedoch mit den guten Sachen.

Arbeitsweise des Landesvorstands / Beschlussumsetzung

An dieser Stelle muss ich ein Lob an den Landesvorstand verteilen. Wer davon ausging, bedingt durch den personellen Umbruch bei der Landesvorstandswahl in Dresden im März 2015, dass es zu Beginn erst einmal zu einer Findungsphase kommen würde, sah sich (mich eingeschlossen) getäuscht. Der Landesvorstand hat seine Arbeit sofort aufgenommen, Aktionen und Pressemitteilungen geplant und durchgeführt. Gefasste Beschlüsse wurden umgesetzt, dies spiegelt sich auch in zahlreichen Aktionen, Pressemitteilungen, Offenen Briefen, Gesprächsterminen etc. wider. Die Zusammenarbeit innerhalb des Landesvorstandes war jederzeit kollegial und arbeitsam. Tagesordnungen zu Landesvorstandssitzungen wurden – bis auf eine Ausnahme – immer verschickt, die Einladung zu selbiger erfolgte das ein oder andere mal doch recht kurzfristig – da gibt es Besserungsbedarf.

Programmatik

Programmatische Beschlüsse wurden nicht nur gefasst und in das Nirwana der Beschlusslage geschickt sondern aktiv durch Aktionen, Pressemitteilungen, Gesprächstermine bspw. im Ministerium für Kultus bzw. mit Anträgen auf dem FDP-Landesparteitag nach außen getragen. Musterbeispiel ist hier der programmatische Beschluss zur Liberalisierung des Bestattungswesen, welcher deutschlandweit Aufmerksamkeit erregte. Darüber hinaus möchte ich positiv festhalten, dass das Programmatik-Wiki fleißig im neuen Vorstand bearbeitet wurde und bedeutend nutzerfreundlicher gestaltet wurde als vorher – dafür allen Beteiligten ein dickes Danke. Dies macht auch die Recherche für die Ombudsperson einfacher.

Schluss mit lustig

Ein Großteil der Arbeit des Landesvorstandes findet in der eingerichteten Telegramm-Gruppe statt. Grundsätzlich ist gegen dieses Verfahren auch nichts einzuwenden, jedoch agiert der Landesvorstand damit auch in einer Black-Box und Transparenz ist kaum gegeben. Darüber hinaus sind die Protokolle des Landesvorstands wenig nutzerfreundlich. Ich empfehle dem Landesvorstand sich ein Muster für Protokolle anzulegen sowie gefasste Beschlüsse hervorzuheben. Dies erleichtert auch die Suche nach wichtigen Beschlüssen. Es wäre übrigens sehr begrüßenswert, wenn das Protokoll nicht fast ausschließlich vom Vorsitzenden geschrieben wird sondern sich auch jemand findet, der diese Fleißarbeit übernimmt und Philipp an dieser Stelle entlastet – in meinen Augen übrigens eine Selbstverständlichkeit!

## Bericht der Ombudsperson

Und zum Schluss noch folgender Rüffel an den Landesvorstand – zum Herbst-Landeskongress in Zwönitz wurde das Antragsbuch nicht an die Mitglieder verschickt sondern lediglich auf der Homepage hochgeladen. Ein hoffentlich einmaliger Vorfall!

Es lässt sich abschließend festhalten, dass sich der Landesvorstand sowohl an unsere Satzung als auch an die Beschlusslage gehalten hat.

Krachen lassen,

eure Ombudsperson

# Anträge zur Satzung

## 59. Landeskongress

6. und 7. Februar 2016 in Chemnitz



Der Twitter-Hashtag dieses Kongresses lautet #JuliA59

## Anträge zur Satzung

1 **Satzungsänderungsantrag 01**

2

3 **Antragsteller:** Landesvorstand JuliA Sachsen

Ja  Nein  Enthaltung  
 Angenommen  Abgelehnt

4

5 **Der Landeskongress möge beschließen:**

6

7 §9 Landeskongress, Absatz 5

8 Zeile 18

9 Anträge müssen zwei Wochen, Satzungsänderungsanträge müssen **sechs** Wochen vor dem Landes-  
10 kongress beim Landesvorstand eingegangen sein.

11

12 **Begründung:**

13

14 Erfolgt mündlich.

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

## Anträge zur Satzung

### 1 **Satzungsänderungsantrag 02**

2

3 **Antragsteller:** Landesvorstand JuliA Sachsen

Ja  Nein  Enthaltung  
 Angenommen  Abgelehnt

4

### 5 **Der Landeskongress möge beschließen:**

6

7 §13 Landeskongress, Absatz 3c

8 Zeile 31

9 STREICHE: „für Wehr- und Ersatzdienstleistende“

10 ERSETZE DURCH: „für Dienstleistende des Wehrdienstes, Bundesfreiwilligendienstes, Freiwilliges Sozi-  
11 ales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr“

12

13 SOWIE: Anpassung des Punktes §13, Absatz 5c

14

### 15 **Begründung:**

16

17 Erfolgt mündlich.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

# Sachanträge

## 59. Landeskongress

6. und 7. Februar 2016 in Chemnitz



Der Twitter-Hashtag dieses Kongresses lautet #JuliA59



1 **Antrag II:** Heute schon an morgen denken – Nachhaltigkeit aus liberaler Sicht

2

3 **Antragsteller:** Junge Liberale Chemnitz

Ja  Nein  Enthaltung  
 Angenommen  Abgelehnt

4

5 **Der Landeskongress möge beschließen:**

6

7 Wir Junge Liberale sehen die Herausforderungen, die sich aus einer steigenden Weltbevölkerung ei-  
8 nerseits und einer seit Jahrhunderten andauernden Industrialisierung andererseits ergeben. Unsere  
9 feste Überzeugung ist, dass die Frage der Nachhaltigkeit eine Frage der Generationengerechtigkeit ist,  
10 die man nicht auf die lange Bank schieben darf. Im Gegenteil, wir müssen zu einer neuen Politik finden,  
11 einer Politik der Langfristigkeit, die ein umfassendes Nachhaltigkeitsverständnis beinhaltet.

12

13 Diese Nachhaltigkeit beinhaltet für uns gesellschaftliche, ökologische und finanzielle Betrachtungen.  
14 Hierbei darf man nicht dem Irrglauben erliegen, dass man diese Politik allein national umsetzen darf.  
15 Vielmehr handelt es sich um ein Problem von internationaler Bedeutung. Eine Formel, die Belastungs-  
16 grenzen der Umwelt mit einem begrenzten Wachstum gleichsetzt, unterschätzt allerdings die Innova-  
17 tionskraft des Menschen.

18

19 Daher setzen wir Liberale in unserem Nachhaltigkeitsverständnis auf Kreativität, Fortschrittswillen,  
20 Innovation und Forscherdrang. Der Erfindergeist, welcher bisher geglaubte Grenzen überwunden hat,  
21 muss auch künftige Herausforderungen angehen können. Für die Eigeninitiative der Wirtschaft, ver-  
22 mehrt in Forschung unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit zu setzen, muss der Staat geeignete,  
23 Anreiz setzende Rahmenbedingungen schaffen.

24

25 Darunter verstehen wir:

26

27 1. Bildung und Forschung als zentrale Ressource

- 28 • vorbehaltfreie Schule – Stärkung des Vertrauens in Forschung und Technik ohne Denkverbote
- 29 • Stärkung der Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen
- 30 • Förderung der Forschungslandschaft ohne ideologische Denkverbote (z.B. Goldener Reis als soziale  
31 Verantwortung)
- 32 • steuerliche Absetzbarkeit der Ausgaben für Forschung und Entwicklung der Unternehmen
- 33 • Ausbau internationaler Kooperation im Bereich Innovation
- 34 • Entbürokratisierung der Anerkennungsverfahren bei Ausländischen Bildungsabschlüssen
- 35 • Punktesystem für eine gerechte Zuwanderung von Hochqualifizierten und Fachkräften

36

37 2. Nachhaltige Energiepolitik für Mensch und Wirtschaft

- 38 • Subventionen sind in der Forschung besser angelegt als in noch nicht ausgereiften, ineffizienten  
39 Versorgungsmethoden
- 40 • Planwirtschaft des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beenden – marktwirtschaftlichen Strommarkt etablieren

- 1 • Energieeffizienzforschung stärken
- 2 • steuerliche Absetzbarkeit der Energetischen Sanierung endlich umsetzen
- 3 • mehrsäulige Förderung von Elektro-, Wasserstoff- und Erdgasmobilität
- 4 • mehr Effizienz durch eine europäische Energieversorgung und -politik
- 5
- 6 3. Leistungsfähige Infrastruktur
- 7 • flüssiger Verkehr schont Umwelt mehr als ständige Staus – darum Ausbau der Infrastruktur nach
- 8 Kosten-Nutzen-Prinzip
- 9 • Telematikausbau inklusive „Intelligenter Straße“ fördern
- 10 • intelligente Ampelschaltungen helfen, den Verkehrsfluss zu verbessern
- 11 • Ausbau der Schieneninfrastruktur, konkret verbesserte Anbindung Sachsens an Fernverkehrsnetz,
- 12 weitere Elektrifizierung (bspw. Leipzig – Chemnitz)
- 13 • die indirekte Subventionierung des Fernbusmarktes durch die Erlassung der KfZ-Steuer und den
- 14 Verzicht auf eine Maut muss beendet werden

15

### 16 **Begründung:**

17

18 Erfolgt mündlich.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 12:** Politische Bildung an Schulen verbessern

2

3 **Antragsteller:** Junge Liberale Chemnitz

Ja  Nein  Enthaltung  
 Angenommen  Abgelehnt

4

5 **Der Landeskongress möge beschließen:**

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert eine deutlich verstärkte und vertiefte politische Bildung an  
8 Sachsens Schulen. In Zeiten von sinkender Wahlbeteiligung und steigender Politikverdrossenheit wird  
9 es immer wichtiger, politische Bildung und kritisches Denken als Bestandteil schulischer Kompetenz-  
10 vermittlung zu etablieren.

11

12 Aufgabe des Gemeinschaftskunde-/GRW-Unterrichts ist es dabei, die politischen Prozesse verständ-  
13 licher und komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge nachvollziehbar zu machen. Der Lehrauftrag  
14 muss auf kritisches Denken und praktisches Anwenden erweitert werden. Wir fordern, konventionelle  
15 Lehrpläne durch Bildungsstandards zu ersetzen, wie sie etwa die Gesellschaft für Politikdidaktik und  
16 politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) vorgelegt hat. Konkret bedeutet dies die Umstellung  
17 von der Input- zur Output-Orientierung, also Kompetenz-, statt bloße Wissensvermittlung. Zur The-  
18 menfindung des Lehrplans regen wir die Einberufung eines zivilen Beirates ein, welcher z.B. aus zivilge-  
19 sellschaftlichen Organisationen, Schüler- und Lehrervertretungen, sowie Stiftungen bestehen könnte.

20

21 Um einen offeneren und interessanteren Unterricht zu schaffen, sollten dem Lehrer mehr Freiräume  
22 eingeräumt werden. So muss dieser über Unterrichtszeiten freier verfügen können. Außerdem braucht  
23 es verpflichtende Fortbildung der Lehrkräfte, wobei politische Bildung nicht bloß GRW-Lehrer betrifft.  
24 Zur Schaffung neuer Freiheiten muss der Lehrplan entschlackt werden.

25

26 Auch wenn eine reine Erhöhung der Stundenzahl des GRW-Unterrichts nicht im selben Umfang Poli-  
27 tikverdrossenheit abbaut, setzen wir uns dafür ein, sowohl in Oberschulen, als auch Gymnasien, GRW  
28 bereits ab der achten Klasse zu unterrichten (8. Klasse 1 Wochenstunde, ab 9. Klasse 2 Wochenstunden),  
29 da politische Bildung und kritisches Auseinandersetzen bereits hier ansetzen kann und muss. Ferner  
30 setzen wir uns für die Schaffung eines Leistungskurses GRW, wie er derzeit nur am Landesgymnasium  
31 Sankt Afra vorhanden ist, an sächsischen Gymnasien ein.

32

33 Desweiteren setzen wir uns für den vermehrten Einsatz von alternativen Unterrichtsmethoden, wie  
34 zum Beispiel Planspiele oder Exkursionen an Orte des politischen Geschehens ein. Podiumsdiskussionen  
35 mit Politikern an Schulen sollten erleichtert werden. Auch gemeinsame Veranstaltungen von Schulen  
36 mit Stiftungen sollten denkbar sein. Hierbei ist auf eine ausgewogene Vertretung der demokratischen  
37 Parteien bzw. Gruppierungen im Sinne des Beutelsbacher Konsens zu achten.

38

39 Zur konsequenten und dauerhaften Vertiefung der politischen Bildung fordern wir einen jährlichen

40

1 Bericht der sächsischen Kultusministerin zum Stand dieser, verknüpft mit regelmäßigem Bildungsmonitoring an den einzelnen Schulen und einer Aussprache zum Bericht im Landtag.

3

4 **Begründung:**

5

6 Erfolgt mündlich.

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 13:** IT-Infrastrukturmaßnahmen für die Schule der Zukunft

2

3 **Antragsteller:** Landesvorstand JuliA Sachsen

Ja  Nein  Enthaltung  
 Angenommen  Abgelehnt

4

5 **Der Landeskongress möge beschließen:**

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert eine Verbesserung der IT-Infrastruktur an den sächsischen  
8 staatlichen Schulen. Konkret fordern wir:

- 9 1. Jede Schule soll über einen Breitbandanschluss mit mindestens mittelfristig ausreichender Leis-  
10 tungsfähigkeit verfügen.
- 11 2. Einführung einer strukturierten Verkabelung bei Neubauten oder grundlegenden Sanierungsmaß-  
12 nahmen sowie Installation moderner WLAN-Technik.
- 13 3. Gründung oder Beauftragung eines landesweiten Schul-IT-Dienstleisters für die zentrale Steuerung  
14 und Wartung der Schulsysteme. Die Entscheidung über die Teilnahme am zentralen System unter-  
15 liegt den Schulen.“

16

17

18 **Begründung:**

19

20 Erfolgt mündlich.

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 21:** Programmatik ergänzend auf Englisch erstellen

2

3 **Antragsteller:** Thorben Siepmann

Ja  Nein  Enthaltung  
 Angenommen  Abgelehnt

4

5 **Der Landeskongress möge beschließen:**

6

7 Der Landesvorstand wird aufgefordert,

8 1. Hauptthesen der Jungliberalen Aktion auf Englisch in einem Positionspapier zusammenzustellen,

9 2. perspektivisch die gesamte Beschlusslage auf Englisch verfügbar zu machen,

10 3. darauf hinzuwirken, dass der Bundesvorstand der Jungliberalen diesem Antrag folgt,

11 4. dem nächsten Landeskongress über Fortschritte zu unterrichten.

12

13 **Begründung:**

14

15 Die Liberalen stehen seit jeher für Weltoffenheit und Internationalität. Daher ist es wichtig die Kernthe-  
16 men der Jungliberalen für alle auch auf Englisch zugänglich zu machen. Durch die momentane Zuwan-  
17 derungswelle öffnet sich die Chance vor allem junge Menschen, die nach Deutschland kommen und oft  
18 kein oder nur kaum Deutsch sprechen, durch ein englischsprachiges Positionspapier schnell für liberale  
19 Themengebiete zu begeistern und damit auch die Integration in den Kreisverbänden zu ermöglichen.

20

21 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 22:** JuliA-FDP-PEGIDA – Reaktion auf den FDP-Bundespräsidiumsbeschluss  
2 vom 26. Oktober 2015

3 **Antragsteller:** Junge Liberale Leipzig

Ja  Nein  Enthaltung  
 Angenommen  Abgelehnt

4  
5 **Der Landeskongress möge beschließen:**

6  
7 Beschluss des Bundespräsidiums.

8 Obwohl der Beschluss des Präsidiums bundesweit Gültigkeit haben soll, bezieht er sich spezifisch auf  
9 PEGIDA und damit ein Dresdner Phänomen. Dies stellt einen direkten Eingriff in Angelegenheiten dar,  
10 die den Landes- oder in diesem Falle die Kreisverbände betreffen. Dieses Vorgehen kritisieren wir als Ju-  
11 Lis Leipzig, da es den subsidiären Prinzipien der liberalen Parteistruktur widerspricht. Die FDP Sachsen  
12 ist bei diesem Problem nicht nur zuständig und sondern auch imstande, es zu lösen. Jedoch verstehen  
13 wir, dass der Bundesvorstand sich keiner negativen Presse auf Grund von Einzelnen aussetzen möchte  
14 und mit diesem Beschluss eine klare Abgrenzung gegenüber PEGIDA schaffen möchte.

15

16 Dass die Partei zu solchen Schritten greift, hat schließlich Gründe. Auf diese muss ebenso eingegangen  
17 werden.

18

19 Rechtstendenz in der FDP Sachsen.

20 Die sächsische FDP scheint im Umfeld einer sich erneuernden FDP zurück zu liegen. Die personel-  
21 len und inhaltlichen Verjüngungsprozesse, die in verschiedensten Bundesländern Einzug halten und  
22 dort wieder für neuen Aufwind sorgen, sind in Sachsen nicht in Angriff genommen worden. Damit  
23 liegt es an uns als jungen Liberalen, endlich frische liberale Ideen in der FDP voranzutreiben. Dem  
24 gegenüber steht eine sächsische FDP, deren Führungsebene schon immer etwas konservativer als  
25 der Bundesschnitt auftrat. Doch im Zuge von PEGIDA und der nun aufflammenden Flüchtlingskrise  
26 wird aus einem kleinen Versäumnis eine handfeste Bedrohung. Die volkstümlichen Tendenzen, die  
27 in manchen Ecken Sachsens auch vor der FDP nicht Halt machen, können nicht das sein, was wir als  
28 Partei unterstützen wollen. So wollen wir uns als JuLis gegen eine wie auch immer geartete extremis-  
29 tische Ausrichtung der FDP Sachsen in der Bundespartei aussprechen. Unser Platz ist die politische,  
30 progressive Mitte.

31

32 Abgrenzung zur Konkurrenz.

33 Denn, und das müssen wir endlich realisieren, jeder andere politische Raum ist bereits besetzt. Insbe-  
34 sondere in Sachsen, dem Bundesland in dem PEGIDA-Kandidaten knappe zweistellige Ergebnisse erhal-  
35 ten, aber ein liberaler OB-Kandidat sich von einer Distanzierung von seiner FDP-Mitgliedschaft mehr  
36 Erfolg versprechen kann, ist dies offensichtlich. Eine liberale Linie muss sich von der der politischen  
37 Mitbewerber klar erkennbar unterscheiden. Deshalb sollten die öffentlichen Vertreter der FDP in Sach-  
38 sen auch in ihren Meinungsbekundungen die Einzigartigkeit der liberalen Position wahren. Jede Nähe  
39 zu den offen fremdenfeindlich auftretenden politischen Gruppierungen kann unserem Anliegen nur  
40 schaden. Insbesondere in Zeiten, in denen der sächsische Liberalismus noch immer um sein Überleben

1 kämpft, müssen wir, zumindest nach außen hin, alle am gleichen Strang ziehen, auch wenn dies für  
2 manche Überwindung kostet.

3

4 **Begründung:**

5

6 Erfolgt mündlich.

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40



1 **Antrag 31:** Politisierung verhindern – vernünftiger Umgang mit Terrorwarnungen!

2

3 **Antragsteller:** Benjamin Rego

Ja  Nein  Enthaltung  
 Angenommen  Abgelehnt

4

5 **Der Landeskongress möge beschließen:**

6

7 Das Instrument der Terrorwarnung zur Information der Öffentlichkeit ist ein ambivalentes Werkzeug  
8 im Rahmen der Inneren Sicherheit. So kann es sich keiner der Verantwortlichen leisten, eine erkannte  
9 oder vermutete Gefahr zu unterschätzen, da bei einem eintretenden Terroranschlag gefragt wird, wa-  
10 rum nicht gewarnt worden ist. Im Fall der Unterschätzung von Risiken sind die Folgen also fatal. Im  
11 umgekehrten Fall der Überschätzung der Risiken und eine potentiellen Fehlmeldung fallen die Folgen  
12 nur marginal für die politische Verantwortlichen aus, da zudem bei jeder Warnung rhetorisch zugleich  
13 zurück gerudert wird, um jedwede Tendenzen von Panik zu verhindern. In Folge einer Warnung folgt  
14 dabei meist eine medial angetriebene Debatte darüber, ob Deutschland und seine Bevölkerung gut ge-  
15 nug geschützt wird. Das Instrument der Terrorwarnung begünstigt zudem noch die Forderungen von  
16 Sicherheitsbehörden und Politikern der beiden großen Parteien, dass es aufgrund der vermeintlichen  
17 Gefahr stetig neue Überwachungsinstrumente zu installieren.

18

19 Aufgrund dieses Missverhältnisses und der realen Gefahr einer Politisierung des Instruments Terror-  
20 warnung spricht sich die Jungliberale Aktion Sachsen dafür aus, die Entscheidung über Terrorwarnun-  
21 gen zu versachlichen und nicht in die Hand von Politikern zu legen.

22

23 **Begründung:**

24

25 Erfolgt mündlich.

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 32:** Den sächsischen Breitensport stärken!

2

3 **Antragsteller:** Junge Liberale Chemnitz

Ja  Nein  Enthaltung  
 Angenommen  Abgelehnt

4

5 **Der Landeskongress möge beschließen:**

6

7 Die Jungen Liberalen sprechen sich für eine Stärkung des sächsischen Breitensports aus. Der Breiten-  
8 sport definiert sich durch seine enorme Vielfalt. Neben sportlichen Aspekten sind vor allem gesell-  
9 schaftliche, kulturelle, gesundheitliche und (insbesondere im Jugendbereich) pädagogische Aspekte von  
10 großer Bedeutung. Daraus resultiert eine Komplexität politischer Themenfelder. Der Breitensport kann  
11 sich jedoch finanziell nicht selbst tragen – und muss dies auch nicht. Vielmehr steht die soziale Kompo-  
12 nente gegenüber der wirtschaftlichen im Vordergrund. Hier besteht der wesentliche Unterschied zum  
13 Spitzensport. Daher ist in der politischen Prioritätensetzung auf ein Gleichgewicht zwischen Breiten-  
14 und Spitzensport zu achten.

15

16 Struktur und Förderung.

17 Grundsätzlich muss bei der Förderung des Breitensports das Subsidiaritätsprinzip gelten. Vorstöße der  
18 Europäischen Kommission, wonach Sport aus der Ferne nach dem „Gießkannenprinzip“ gefördert wer-  
19 den soll, lehnen wir ab. Das europäische Aufgabenfeld liegt lediglich darin, den interkulturellen Dialog,  
20 etwa durch Austauschprogramme speziell für Sportler aus dem Breitensport, zu fördern.

21 Da die Breitensportförderung durch die Kommunen erfolgt, sind diese auf finanzielle Zuschüsse durch  
22 die Länder angewiesen. Daher muss dem Sport auf Landesebene eine höhere Priorität eingeräumt wer-  
23 den. Ein Sportministerium lehnen wir ab. Stattdessen bietet sich die Ernennung eines Staatssekretärs  
24 mit dem konkreten Aufgabenbereich Sport im Innenministerium an.

25 Eine Verknüpfung der Förderung des Breitensports an Resultate im Profisport, etwa an Olympia-Ergeb-  
26 nisse, erachten wir als problematisch. Hier besteht die Gefahr, dass die einzelnen Sportarten durch ihre  
27 nicht vorhandene Fernseh- oder Großveranstaltungstauglichkeit an finanziellen Mitteln soweit verlie-  
28 ren, dass ihre organisierte Ausübung nicht mehr möglich ist.

29

30 Stärkung des Ehrenamtes und der Vereine. Abbau von Bürokratie.

31 Ehrenamtliche Arbeit muss attraktiver gemacht werden, ohne in Konkurrenz zur Erwerbsarbeit zu tre-  
32 ten. Steuererleichterungen für Ehrenamtliche, etwa durch die Erhöhung der Übungsleiterpauschale,  
33 begrüßen wir ausdrücklich. Des Weiteren fordern wir den Abbau undurchsichtiger Steuerregelungen  
34 für die Vereinsarbeit.

35 Vereinsarbeit braucht Planungssicherheit. Finanzielle Zuschüsse an Vereine sind langfristig zuzusi-  
36 chern. Bezüglich der Kompetenzvermittlung in Bereichen wie Übungsleiterkenntnisse, Vereinsfinan-  
37 zierung und Mitgliederwerbung (bspw. via Social Media) setzen wir uns für die verstärkte Kooperation  
38 zwischen Vereinen des Breiten- und Spitzensports sowie Weiterbildung über die Kreissportbünde ein.  
39 Anforderungen für die Teilnahme im Ligabetrieb, etwa eine Mindestparkplatzzahl, sind auf ihre Not-  
40 wendigkeit zu überprüfen und ggf. abzuschaffen.

1 Grenzen überwinden – Integration durch Breitensport.

2 Sport vermittelt – über Nationalitäten und Religionen hinweg – Werte wie Fairness, Teamgeist, Tole-  
3 ranz und Respekt. Gerade der Breitensport hat daher ein hohes integratives Potenzial, auch in Bezug auf  
4 Menschen mit Migrationshintergrund. Wir fordern daher einen landesweiten Aktionsplan in Koope-  
5 ration von Schulen, Hochschulen, Unternehmen, Politik und Vereinen, um dieses Potenzial verstärkt  
6 nutzen zu können.

7 GTA-Angebote an Schulen müssen mindestens in der derzeitigen Intensität aufrechterhalten werden  
8 und dürfen nicht Opfer einer verkorksten Personalpolitik im SMK werden. Darüber hinaus ist über die  
9 Stärkung der Kooperation von Schulen mit Kindergärten sowie die Einbindung von Vereinen in den  
10 Sportunterricht nachzudenken.

11 Die Förderung des Behindertensports darf nicht einseitig in der Spitze erfolgen (etwa in Hinblick auf  
12 Paralympics etc.), sondern muss auch die Breite berücksichtigen.

13

14 Doping.

15 Der bewusste Einsatz von unerlaubten Maßnahmen und Substanzen zur Leistungssteigerung wider-  
16 spricht den grundlegenden Prinzipien des Sports. In Bezug auf Doping im Breitensport sehen wir die  
17 Notwendigkeit einer verbesserten Präventionsarbeit. Diese sollte verstärkt schon bei Jugendlichen er-  
18 folgen. Zudem müssen zu den verbotenen Mitteln transparente Listen und Klassifikationen erstellt und  
19 regelmäßig überarbeitet werden.

20

21 **Begründung:**

22

23 Erfolgt mündlich.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 33:** Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik

2

3 **Antragsteller:** Junge Liberale Leipzig

Ja  Nein  Enthaltung  
 Angenommen  Abgelehnt

4

5 **Der Landeskongress möge beschließen:**

6

7 Weil Asyl und Integration auf absehbare Zeit die alles bestimmenden Themen in der Politik bleiben werden,  
8 sehen die JuLis Leipzig eine Verpflichtung, sich in die aktuelle Debatte in Jugendverband und Partei einzu-  
9 bringen. Nicht zuletzt liegt die Vermutung nahe, dass ein Teil der Flüchtlinge in unserem Land nach Freiheit  
10 sucht, wodurch sich ein besonderes Betätigungsfeld für die FDP und ihre Vorfeldorganisationen ergibt.

11

12 Krieg als Fluchtgrund.

13 Krieg ist für die JuLis Leipzig eine mögliche Konsequenz von politischem Versagen, ist aber nicht das  
14 Ende, sondern letztendlich eine Form von Politik. Das macht Kriegsflüchtlinge unter bestimmten Bedin-  
15 gungen zu politisch Verfolgten.

16

17 Gesellschaft im Wandel.

18 Eine normative Gestaltung der Gesellschaft durch massive staatliche Eingriffe mit dem Ziel der Zementie-  
19 rung bestimmter Verhältnisse ist zum Scheitern verdammt. Wir denken, es gibt kein Recht darauf, dass alles  
20 so bleibt, wie es ist. Die Veränderung der Gesellschaft durch die Asylsuchenden lässt sich nicht mit grund-  
21 rechtskonformen Maßnahmen verhindern und ist somit nicht aufzuhalten. Dennoch muss deutsches Recht  
22 ohne Kompromisse durchgesetzt werden. Wir begrüßen die sinkende Verzahnung von Kirche und Staat.  
23 Statt mit der staatlichen Bevorzugung (bspw. durch Förderung bzw. Entschädigung christlicher Kirchen)  
24 fortzufahren, böte es sich an, diese nunmehr zu beenden. Im Körperschaftsrecht soll jedoch die Gewähr der  
25 Dauer durch Verfassung und Mitglieder nicht auf die kleinen, zersplitterten Gemeinden angepasst werden.

26

27 Asylobergrenze.

28 Wir sprechen uns gegen die Festlegung einer Asylobergrenze als eigene gesetzlich oder mit Gesetzescha-  
29 rakter festgelegte Zahl aus. Es gibt jedoch eine faktische Obergrenze unter den Maßgaben, dass Deutsch-  
30 land nur Teile seiner wirtschaftlichen Leistung für die Bewältigung der Flüchtlingskatastrophe aufwen-  
31 den kann und ein soziokulturelles Existenzminimum allen Menschen in Deutschland zusteht. Wo diese  
32 liegt, lässt sich derzeit nicht seriös bestimmen; sie scheint aber noch nicht erreicht zu sein.

33

34 Ehrlichkeit im Umgang.

35 Die Bob-der-Baumeister-Doktrin – „Wir schaffen das!“ – verschweigt die große gemeinsame Kraftanstren-  
36 gung, der es bedarf um die Aufgaben, welche derzeit an uns gestellt werden, zu bewältigen. Geforderte  
37 Maßnahmen wie die Grenzsicherung oder militärische Interventionen kommen viele Jahre zu spät, die Ka-  
38 tastrophe ist bereits in vollem Ausmaß bei uns angekommen. Schlimmer noch, gerade die große Flüchtlings-  
39 welle in der zweiten Jahreshälfte von 2015 lässt sich mindestens zum Teil durch die schlechter werdenden  
40 Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern im Nahen Osten erklären. Die Einhaltung von Hilfszusagen

1 sollte auch und vor allem innerhalb der Europäischen Union überprüft und deutlicher angesprochen wer-  
2 den. Schlepper treiben mit falschen Versprechungen von Startgeld und sofortiger, lukrativer Beschäftigung  
3 die Menschen für viele Tausend Euro pro Kopf nach Europa. Der wertvollste Unterstützer der Schlepper  
4 sind dabei die europäischen Regierungen selbst: Dadurch, dass man eine sichere Reise beispielsweise durch  
5 Beförderungsunternehmen mit Gesetzen verhindert, sind die Flüchtlinge den Kriminellen preisgegeben.  
6 Sie müssen so für eine Überfahrt mit einem völlig überladenen seeuntauglichen Boot ein Vielfaches von  
7 dem zahlen, was ein Flugticket bis in das Zielland kosten würde. Anstatt großspurige Kampfansagen an die  
8 Schlepper von SPD-Politikern fordern die JuLis daher, dass Gesetze, welche die Mitnahme von Flüchtlin-  
9 gen durch reguläre Beförderungsunternehmen verhindern, ausgesetzt werden. Eine mögliche Lösung an  
10 der Ursache wurde zu lange ausgesessen. Gleichzeitig ist die Bundesrepublik Deutschland vermutlich das  
11 einzige Land in der Europäischen Union, das in der Lage ist, diese Aufgabe zu stemmen. Die Aufnahme von  
12 Asylbewerbern wurde den Bürgern zu oft mit Mehrwerten wie der Behebung der demographischen Prob-  
13 leme oder des Fachkräftemangels schmackhaft gemacht. Um diese Ziele jedoch zuverlässiger zu erreichen,  
14 müsste die Bundesrepublik Deutschland (unabhängig von der weiteren Entwicklug der Asylpolitik) endlich  
15 eine kohärentere Einwanderungspolitik betreiben: Gezielt könnten Menschen nach Herkunft, Familien-  
16 stand, Alter und Qualifikation ausgewählt und effizienter verteilt werden. Wer Aussicht auf Anstellung  
17 in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung hat und das am besten in einem Feld, in dem es an einhei-  
18 mischen Kräften mangelt, soll natürlich bei der Einwanderung bevorzugt werden. Aber auch Arbeitgeber  
19 und einwanderungswillige Unternehmer können so endlich besser verortet werden. Hierhin könnte auch  
20 die Diskussion um eine gesetzliche, numerische Obergrenze kanalisiert werden. Dies darf jedoch nicht etwa  
21 in einer Debatte enden, in der diese beiden Aspekte gegeneinander ausgespielt werden: Asyl ist humanitäre  
22 Pflicht, mit Einwanderungspolitik können in erster Linie nützliche Aspekte verbunden werden.

23

24 Registrierungscentren.

25 Am Ende einer langwierigen Diskussion hat es die große Koalition schließlich doch geschafft, sich auf eine  
26 Art von Einrichtung zu einigen, die eine bessere Steuerung der Flüchtlingsströme ermöglichen soll. Wäh-  
27 rend wir die Beschleunigung der Asylverfahren im Rahmen der gesetzlich festgelegten Fristen fordern,  
28 fürchten wir durch die beschleunigten Asylverfahren für bestimmte Flüchtlingsgruppen einen mögli-  
29 chen Rechtsbruch. Anstatt aus Aktionismus und unter Aufwendung von knappen Mitteln immer neue  
30 Institutionen zu schaffen, sollen die bereits vorhandenen und zuständigen Stellen personell und apparativ  
31 ermächtigt werden, die Verfahren so schnell wie nötig und so gründlich wie möglich durchzuführen.

32

33 Beschlagnehmung.

34 Die Flüchtlingszahlen und die jahreszeitlichen Witterungsprobleme zum Jahreswechsel, auch bekannt als  
35 „Winter“, waren in einem gewissen Umfang vorhersehbar, sind aber nicht adressiert worden. Die Beschlag-  
36 nnehmung von Privateigentum zeigt das Versagen der deutschen Politiker und muss auch als solches ange-  
37 prangert werden: Private werden hier für Staatsversagen in die Pflicht genommen. Für uns ist die Beschlag-  
38 nnehmung nur akzeptabel, wenn Flüchtlingen Lebensgefahr droht und keine andere Möglichkeit mehr  
39 besteht, diese abzuwenden. Also müssen zuerst alle anderen staatlichen Ressourcen ausgenutzt werden.  
40 Wichtig ist jetzt, dass der Staat jetzt Angebote an Eigentümer leerstehender, geeigneter Immobilien macht.

- 1 Echte dezentrale Unterbringung.
- 2 Wir möchten die räumliche Trennung von Asylsuchenden und Bürgern dieses Landes verhindern. Die
- 3 derzeit von der Stadt Leipzig und anderen sächsischen Kommunen praktizierte Anmietung kompletter
- 4 Wohnhäuser ist hierbei deutlich von echter dezentraler Unterbringung abzugrenzen, worunter wir die
- 5 maximale Durchmischung, also die Anmietung einzelner Wohnungen in ansonsten von Bürgern be-
- 6 wohnten Häusern, verstehen. Auch die Einrichtung von WG-Konzepten, also Wohngemeinschaften von
- 7 Deutschen gemeinsam mit Asylsuchenden, für Alleinstehende muss endlich vorangetrieben werden.
- 8 Leipzig schafft derzeit aber an sich bereits nicht genug Kapazitäten für die Unterbringung. Man schützt
- 9 sich stattdessen hinter Behauptungen, wie zum Beispiel der angeblichen Einhaltung höherer Standards
- 10 bei der Wahl von Immobilien, statt endlich einzugestehen, dass man die Definition falsch gefasst hat; die
- 11 Anforderungen an Wohnungen für Flüchtlinge und Asylbewerber müssen breiter und freier definiert
- 12 werden, Kungeleien zwischen Stadtrat und Wohnungseigentümern müssen offen angesprochen werden.
- 13
- 14 Integration durch Sprache, Arbeit.
- 15 Der Erfolg von Einwanderungsländern wie den Vereinigten Staaten von Amerika gründet sich nicht
- 16 auf das Einsperren von Flüchtlingen in Transitzone und Erstaufnahmeeinrichtungen, wo man sie der
- 17 Kriminalisierung preisgibt und von Sozialleistungen abhängig macht. Genauso wenig erreicht man mit
- 18 deren Aussperren aus gesellschaftlicher Teilhabe durch Teilnahme am Arbeitsmarkt. Vielmehr als akti-
- 19 ve Integrationsmaßnahmen muss das Ziel der staatlichen Bemühungen daher sein, die Grundlage hier-
- 20 für zu schaffen, also intensiven Sprachunterricht und Landeskunde, wo nicht nur in die Grundrechte
- 21 sondern auch in die Funktionsweise unseres Wirtschafts- und Sozialsystems eingeführt werden muss.
- 22 Das Ziel der Integration darf nicht ein schwammiges Normativ wie „Leitkultur“ oder „Multikulti“ wer-
- 23 den. Kriterium für erfolgreiche Integration ist für uns das Nachgehen einer sozialversicherungspflich-
- 24 tigen Beschäftigung oder anderweitige Selbstversorgung. Subventionierte Beschäftigungsprogramme
- 25 für Asylsuchende sind aus unserer Sicht abzulehnen, denn sie stehen genau wie Pflichtpraktika im
- 26 Widerspruch zu unserem Bild vom mündigen Menschen. Die großen Probleme bei der Anerkennung
- 27 ausländischer Abschlüsse zeigen Nachteile unseres Konzepts staatlich anerkannter Berufe und von
- 28 Schul- statt Bildungspflicht im Sinne von kompetenzbasierten Bildungszielen. Staatliche Stellen und ge-
- 29 setzlich verfasste Institutionen wie Kammern sollen sich bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen
- 30 zurückhalten. Stattdessen soll das Recht Arbeitsverträge zu schließen weniger eingeschränkt und Hoch-
- 31 schulen berechtigt werden, mögliche Lücken im Kurrikulum asylsuchender Akademiker schließen zu
- 32 können und dann einen Abschluss zu verleihen. Die negativen Auswirkungen des Mindestlohnes als
- 33 Hürde für die Einstellung von Asylsuchenden dürfen in der Argumentation von liberalen Politikern
- 34 nicht vernachlässigt werden. Angesichts der demografischen Struktur der Asylsuchenden muss ein
- 35 Teil des Sprachunterrichtes an Schulen als verpflichtender zusätzlicher Unterricht erfolgen. Sollte der
- 36 schulische Erfolg innerhalb einer bestimmten Frist nach Stellung des Asylantrags wegen sprachlicher
- 37 Probleme gefährdet sein, müssen die Regeln für die Versetzung solcher Schüler beispielsweise durch die
- 38 Klassenkonferenz aufgeweicht werden können.
- 39
- 40 **Begründung:** Erfolgt mündlich.

1 **Antrag 34:** Strategie für eine ganzheitliche Asyl- und Integrationspolitik in Sachsen

2

3 **Antragsteller:** Landesvorstand JuliA Sachsen

Ja  Nein  Enthaltung  
 Angenommen  Abgelehnt

4

5 **Der Landeskongress möge beschließen:**

6

7 Präambel:

8

9 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert den Freistaat zur Erarbeitung einer umfassenden Integrations-  
10 strategie für absehbar mehr als 100.000 Flüchtlinge bis Ende 2017 auf. Im Sinne des Grundsatzes von  
11 „Fördern und Fordern“ sollen sich staatliche Integrationsarbeit und persönliche Integrationsleistung an  
12 bekannten Ergebnissen orientieren. Die Erfahrungen und Erfolge bei der Einbürgerung von drei Milli-  
13 onen Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland zu Anfang der 1990er Jahre  
14 sind daher Maßstab der aktuellen Herausforderung. Wir fordern ein Ende der bisherigen Politik des  
15 „Ignorierens statt Integrierens“, damit sich der hiesige Rassismus nicht weiter verfestigt und nicht jene  
16 Parallelgesellschaften gefördert werden, deren Entstehung viele sächsische Bürger befürchten. Vor-  
17 rangiges Ziel aller Integrationsbemühungen muss das grundlegende Erlernen der deutschen Sprache  
18 binnen der ersten beiden Jahre sein, um für jeden die optimalen Chancen für Bildung, eigenständiger  
19 Erwerbstätigkeit und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu eröffnen.

20

21 Hierfür sind folgende Maßnahmen zu treffen:

22

23 1. Rechtssicherheit und Beschleunigung der Asylverfahren

24

25 Zur effiziente Handhabung des hohen Flüchtlingsaufkommens soll der Freistaat von Beginn der An-  
26 tragsstellung an Rechtsberater nach niederländischem Modell für Antragssteller bereitstellen, um so  
27 die Dauer der Verfahren zu verkürzen und die Rechtssicherheit der Bescheide zu verbessern. Darüber  
28 hinaus soll sich der Freistaat Sachsen für die konsequente Digitalisierung der Antragsbearbeitung in  
29 Bund und Ländern einsetzen.

30

31 2. Integration von minderjährigen und erwachsenen Bildungspflichtigen

32

33 Alle Kinder und Jugendlichen sollen einen initialen Sprachunterricht in Vorbereitungsklassen von bis zu drei  
34 Monaten bis zur Erreichung eines zu definierenden Mindestsprachniveaus absolvieren. Bei Erreichen dieses  
35 Niveaus sollen sie am regulären Klassenunterricht teilhaben. Für eine optimale Integration sollten maximal  
36 15 Prozent der Schüler je Klasse einen Fluchthintergrund haben. Ein vertiefender Ergänzungsunterricht soll  
37 nach Möglichkeit zu Zeiten von Fächern höherer sprachlicher Abstraktion (an Grundschulen Sachunterricht  
38 und Englisch; an weiterführenden Schulen Ethik, Religion, Geschichte, Geografie, Gemeinschaftskunde, Bio-  
39 logie, Physik und Chemie) ermöglicht werden. Fächer mit interaktivem und praktischen Anteilen, wie Sport,  
40 Werken, Schulgarten, Musik und Kunst sollen demgegenüber beibehalten werden, damit sich die Kinder und

1 Jugendlichen schneller ins Klassengefüge integrieren können. Weitere Sprachangebote sind nach Bedarf zu  
2 melden und nach Prüfung unbürokratisch entsprechende Lehrkraftkontingente vom SMK zuzuweisen.

3 Sollte der schulische Erfolg innerhalb der ersten beiden Jahre nach Stellung des Asylantrags wegen  
4 sprachlicher Probleme gefährdet sein, müssen die Regeln für die Versetzung solcher Schüler gesondert  
5 gewichtet werden.

6 Für illiterale bzw. funktional-analphabete Erwachsene kann eine Bildungspflichtigkeit von bis zu fünf  
7 Jahren ab Antragstellung festgestellt werden.

8

### 9 3. Integration von Erwachsenen

10

11 Für alle erwachsenen, anerkannten Flüchtlinge soll es ein zweijähriges Integrationsprogramm geben,  
12 das sich am schwedischen und kanadischen Modell orientiert. Im Einzelnen sollen die Programme, ähn-  
13 lich dem Berufsschulprinzip, auf einem dualen Ansatz aus Ausbildung und Praxis fußen.

14 Die eine Hälfte soll aus einer Unterrichtung in deutscher Sprache, Geschichte und Grundlagen der frei-  
15 heitlich-demokratischen Grundordnung bestehen. Die andere Hälfte soll im Rahmen eines Integrations-  
16 praktikums innerhalb eines sächsischen Betriebs stattfinden. Ziel des Praktikums ist es die Menschen  
17 an unsere Arbeitsumgebung zu gewöhnen und ihre beruflichen Fähigkeiten unter realen Bedingungen  
18 besser beurteilen zu können. Dafür soll den Flüchtlingen ein Entgelt gewährt werden, dass sich am  
19 branchenüblichen Lehrlingsgehältern der ersten beiden Lehrjahre orientiert. Für das erste halbe Jahr  
20 soll dieses Entgelt als staatlicher Transfer gewährt werden, um den zusätzlichen Aufwand der Betriebe  
21 abzufedern. Sollte es für die aufnehmenden Betriebe weniger Aufwand bedeuten, den schulischen An-  
22 teil von sich aus zu organisieren, so sei ihnen nach Prüfung ihrer Ausbildungsfähigkeit in den einzelnen  
23 Teilbereichen hier die eigenständige Unterrichtung der Menschen zu gewähren.

24

### 25 4. Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen

26

27 Bestehende Ausbildungen und Hochschulabschlüsse sollen zukünftig über partitatische Gremien aus  
28 SMWA und Berufsverbänden bzw. aus SMK und Hochschulen zuerkannt werden. Die Zuerkennungen  
29 sollen erreichte sprachliche Fähigkeiten und praktische Fertigkeiten während des Integrationsprakti-  
30 kums mit in die Bewertung einfließen lassen.

31

### 32 5. Unterbringung von Flüchtlingen

33

34 Bei über 230.000 leerstehenden Wohnungen zu Anfang des Jahres 2015 halten wir als Jungliberale an  
35 der Forderung einer dezentralen Unterbringung fest und sprechen uns gegen die konzentrierte Unter-  
36 bringung nach Abwicklung der Registrierung aus.

37 Eine Beschlagnahme ist nur akzeptabel, wenn Flüchtlingen Lebensgefahr droht und keine andere Mög-  
38 lichkeit mehr besteht, diese abzuwenden. Daher müssen zuerst alle anderen staatlichen Ressourcen wie  
39 öffentliches Eigentum oder die Anmietung auf dem freien Wohnungsmarkt zur Akquise von Wohn-  
40 raum ausgenutzt werden.



1 6. Förderung der für die Integration relevanten Wissenschaftsbereiche

2

3 Um die gesamtgesellschaftliche Aufgabe wissenschaftlich-fundiert begleiten zu können, sind For-  
4 schungs- und Lehrkapazitäten aller notwendigen Wissenschaftsbereiche an den sächsischen Univer-  
5 sitäten und Hochschulen mit ausreichend dauerhaften Stellen abzusichern. Dies dient einerseits allen  
6 beteiligten Stellen zur Bündelung des Fachwissens und andererseits zur Absicherung gegen einen Brain  
7 Drains aus Sachsen in andere Bundesländer, die den gleichen Herausforderungen gegenüberstehen.

8

9 7. Gesamteuropäischen Verantwortung und Fluchtkrise vor Ort

10

11 Die Jungliberale Aktion unterstützt das Bemühen der Bundesregierung beim Teilen der Lasten auf  
12 europäischer Ebene. im Inneren wie im Krisengebiet vor Ort. Wir fordern die Bundesregierung auf  
13 den Einsatz von Hilfsgeldern an UNHCR und Aufnahmeländer wie Libanon, Jordanien und die Türkei  
14 räumlich nah zu fokussieren, um weitere Flucht-motivation vor Ort zu dämpfen. Dies betrifft nicht  
15 nur Unterbringung und medizinische Versorgung, sondern auch schulische und wirtschaftliche Inte-  
16 grationshilfe, da es selbstredend einfacher ist die Menschen in einem arabischen Land zu integrieren  
17 als in Europa.

18 Daneben ist der gemeinsame europäische Einsatz von Grenzschützern im Rahmen von Frontex zu prü-  
19 fen, damit dem gemeinsamen politischen Interesse am Schengenraum auch administrativ und personell  
20 eine gemeinsame Verantwortung und Anstrengung gegenüber steht. Das Ziel ist eine wirksame Be-  
21 kämpfung der verfestigten Schlepperkriminalität bis Ende des Jahres.

22

23 8. Verbesserung der Zusammenarbeit von Kommunen und Glaubensgemeinschaften

24

25 Zur rechtssicheren Zusammenarbeit von öffentlichen Behörden und Religionsgemeinschaften soll der  
26 Freistaat die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts im Sinne des Art. 140 GG bis Ende  
27 2016 für all jene Gemeinden zur Anerkennung bringen, die seit mindestens zehn Jahren bestehen oder  
28 mindestens 500 hier lebende Mitglieder haben und bei denen keine Indizien für verfassungsfeindliche  
29 Tendenzen bestehen.

30

31 9. Offene Kommunikation vor Ort zur Sicherung des öffentlichen Frieden

32

33 Damit die Verunsicherung in der sächsischen Bevölkerung sich nicht weiter verfestigt, soll die Lan-  
34 deszentrale für politische Bildung, die bereits seit einem Jahr Mediationsaufgaben in vielen kleineren  
35 Gemeinden übernimmt bei ihrer Arbeit personell und finanziell unterstützt werden, um die administ-  
36 rativ-belasteten Kommunen kommunikativ zu unterstützen.

37

38 10. Jährliche parlamentarische Aussprache zum Sachstand der Integration

39

40 Zur parlamentarischen Gewichtung des Themas soll es im Sächsischen Landtag in den kommenden Jah-

1 ren eine jährliche Aussprache zum Sachstand der Integration geben. Ausgangspunkt soll hierbei ein  
2 jährlicher Bericht der Staatsministerin bzw. des Staatsministers für Gleichstellung und Integration sein.

3

4 **Begründung:**

5

6 Erfolgt mündlich.

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 35:** Privateigentum schützen!

2

3 **Antragsteller:** Jungliberale Aktion Dresden

Ja  Nein  Enthaltung  
 Angenommen  Abgelehnt

4

5 **Der Landeskongress möge beschließen:**

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen sieht im Schutz des privaten Eigentums vor dem Zugriff staatlicher und  
8 institutioneller Willkür einen unabdingbaren Grundpfeiler einer freiheitlichen und demokratischen  
9 Gesellschaftsordnung. Daher lehnen wir Enteignung, Beschlagnahme sowie jegliche Maßnahme, die  
10 Eigentümer gegen ihren Willen zur Zurverfügungstellung bzw. Abgabe ihres Eigentums zwingt, bspw.  
11 zur Schaffung von Flüchtlingsunterkünften, ab. Davon ausgenommen sind Maßnahmen zum Zwecke  
12 der Strafverfolgung.

13

14 **Begründung:**

15

16 Erfolgt mündlich.

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 36:** Höher, bunter, lauter – Freiheit dem Feuerwerk!

2

3 **Antragsteller:** Jungliberale Aktion Dresden

Ja  Nein  Enthaltung  
 Angenommen  Abgelehnt

4

5 **Der Landeskongress möge beschließen:**

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert eine Liberalisierung der deutschen Bestimmungen zum Um-  
8 gang mit Feuerwerkskörpern der Kategorien 2 und 3.

9

10 Bestehende EU-Richtlinien gestatten auch Nichtpyrotechnikern eine umfangreiche Effektivvielfalt zur  
11 Privatverwendung und garantieren die Sicherheit der zugelassenen Feuerwerkskörper bei sachgemä-  
12 ßem Gebrauch. Während in vielen europäischen Nachbarländern wie bspw. Österreich eine weitge-  
13 hende Umsetzung der EU-Richtlinien erfolgt ist, gelten hierzulande noch wesentlich mehr zusätzliche  
14 Einschränkungen für den Verbraucher sowie für Hersteller, Importeure und Händler.

15

16 Die Jungliberale Aktion Sachsen sieht hier Handlungsbedarf und setzt sich daher für eine umfangrei-  
17 che Rücknahme bestehender nationaler Beschränkungen sowie die weitreichende Umsetzung der EU-  
18 Richtlinien ein. Deshalb fordert die Jungliberale Aktion Sachsen folgende Änderungen:

19

20 I. Die Verpflichtung der Prüfung eines Feuerwerkskörpers durch die Bundesanstalt für Materialprü-  
21 fung (BAM) zur Zulassung in Deutschland ist abzuschaffen, sofern ein Feuerwerkskörper bereits nach  
22 EU-Richtlinien von einer autorisierten Behörde oder einem prüfberechtigten Institut auf seine Sicherheit  
23 geprüft und dementsprechend mit einer gültigen CE-Nummer bzw. einem CE-Zertifikat versehen wurde.

24

25 II. Sämtliche Feuerwerkskörper, die nach europäischer Norm (prEN 15947) als Kategorie 2 eingestuft  
26 sind, müssen für jede Person ab einem Mindestalter von 16 Jahren frei erwerbbar und unter Beachtung  
27 der geltenden Sicherheits-, Lärm- und Naturschutzbestimmungen verwendbar sein. Die Einfuhr sämt-  
28 licher EU-geprüfter und EU-zertifizierter Feuerwerkskörper der Kategorie 2 aus dem EU-Ausland zu  
29 nicht-gewerblichen Zwecken muss gesetzlich erlaubt werden.

30

31 III. Für den Umgang mit Feuerwerkskörpern der Kategorie 3 (prEN 15947) sollen folgende Regelun-  
32 gen gelten: Zum privaten Gebrauch erwerbs- und verwendungsberechtigt ist jede Person ab einem Min-  
33 destalter von 18 Jahren, die im Besitz eines Berechtigungsscheins ist. Dieser Berechtigungsschein ist  
34 auszustellen, wenn die Person ein gewisses Maß an kleiner Fachkunde nachweisen kann. Fachkund-  
35 liche Kenntnisse können in eintägigen Kursen erworben werden, die über einen theoretischen und  
36 einen praktischen Teil den sicheren Umgang mit Feuerwerkskörpern der Kategorie 3 vermitteln. Die  
37 Kriterien für die Ausstellung des Berechtigungsscheins sind bundesweit einheitlich und transparent zu  
38 gestalten. Der Besitz eines solchen Berechtigungsscheins beinhaltet die Berechtigung, EU-geprüfte und  
39 EU-zertifizierte Feuerwerkskörper der Kategorie 3 aus dem EU-Ausland zu nicht-gewerblichen Zwe-  
40 cken einzuführen.

1 IV. Verkauf, Erwerb und Verwendung von Feuerwerkskörpern der Kategorie 2 und 3 sind ganz-  
2 jährlich zu erlauben. Außerhalb von Wohngebieten muss das Abbrennen von Feuerwerk unter Beach-  
3 tung der geltenden Sicherheits- und Naturschutzbestimmungen jederzeit möglich sein. Innerhalb von  
4 Wohngebieten ist die Verwendung geräuscharmer Feuerwerkskörper ganzjährig zu gestatten, wobei  
5 die geltenden Sicherheits-, Lärm- und Naturschutzbestimmungen zu beachten sind.

6

7 **Begründung:**

8

9 Erfolgt mündlich.

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

## **Antragsänderungen & Dringlichkeitsanträge**

Falls es bei Sachanträgen vorab Änderungen vom Antragsteller gibt, bringt bitte die geänderte Version des Antrags in digitaler Form sowie in Papierform (in geeigneter Anzahl) zum Landeskongress mit. Gleiches gilt für Dringlichkeitsanträge.

Die Dringlichkeit eines Antrages wird vor Ort auf dem Landeskongress festgestellt. Ein bloßes Versäumen der Antragsfrist reicht hierfür erfahrungsgemäß nicht aus. Wird die Dringlichkeit eines Antrags festgestellt, so wird dieser in das Verfahren zur Festlegung der Antragsreihfolge aufgenommen.



### **Ansprechpartner**

Landesvorsitzender - Philipp Hartewig  
philipp.hartewig@julia-sachsen.de  
Tel.: 0157 - 73 21 03 08

Organisation - Colin Jakob  
colin.jakob@julia-sachsen.de  
Tel.: 0172 - 76 93 17 4

Presse - Konrad Richter  
konrad.richter@julia-sachsen.de  
Tel.: 0172 - 36 87 17 7

Programmatik - Stefan Scharf  
stefan.scharf@julia-sachsen.de  
Tel.: 0176 - 32 51 33 27

**Der Twitter-Hashtag dieses Kongresses lautet #JuliA59**